Ä23 Absätze zum Thema Bildung im Landeswahlprogramm-Entwurf

Antragsteller*in: Jette Nietzard (KV Berlin-Lichtenberg)

Text

Nach Zeile 77 einfügen:

Kitas sind für Alle da

In unseren Kindertagesstätten lernen Kinder mit unterschiedlicher Vorraussetzungen gemeinsam, das begreifen wir als großen Schatz. Doch egal aus mit welchem Hintergrund, alle Kinder profitieren von einem Kitabesuch. Manche verbringen im Kreise der Familie viel Zeit mit anderen Kindern und profitieren von den Bildungsangeboten, andere können bereits lesen und zählen und profitieren von der sozialen Interaktion in der Kita. Deshalb werden wir ein verpflichtendes Kita-Jahr einführen, um alle Kinder vor der Schule die notwendige Förderung zuteil werden zu lassen und allen Kindern gleichermaßen wertvolle Bildungserfahrungen zu ermöglichen.

Zusätzlich wollen wir für alle Eltern, ohne Bedarfsprüfung, den Kita-Gutschein für neun Stunden Betreuungszeit ausstellen. Es kann vielfältige Gründe haben, sein Kind auch ohne Vollzeitjob nicht länger selbst betreuen zu können. Darunter sollen Familien nicht leiden, sondern sich in der längeren Betreuungszeit auf ihre Problemlagen konzentrieren können.

Begründung

Rund 2000 Kinder besuchen momentan in Berlin keine Kita im Alter von fünf Jahren. Die für sie bestehende Kita-Pflicht, wenn das Kind den Sprachtest nicht besteht, wird aber weitgehend nicht umgesetzt. Wir wollen das vorgehen erleichtern und keine externen Test durchführen, zu denen man einfach nicht erscheinen kann. Alle Kinder, die im nächsten Jahr eingeschult werden sollen, müssen eine Kita besuchen. Das gillt dann nicht nur für Kinder, die den Sprachtest nicht bestehen, sondern auch für die, die toll sprechen können. Denn in der Kita wird viel mehr gelernt, als nur Sprache. Kinder können dort soziale Interaktionen mit anderen Kindern auf Augenhöhe lernen, aber auch gegenüber Personen in Machtpositionen, wioe pädagogischen Fachkräften, die nicht ihre Eltern sind. Des Weiteren können so pädagogische Fachkräfte ihre Einschätzung zum Schulbesuch erteilen und die Momentaufnahme der Schuleingangsuntersuchung so in Verhältnis setzen.

Die Betreuungszeit soll ausgeweitet werden, dass es unterschiedliche Problemlagen geben kann, die die Betreuung des Kindes erschweren, auch wenn die Eltern keiner Lohnarbeit nachgehen. Um Familien in solchen Situationen bestmöglich zu unterstützen und Kindern die besten Chancen zu ermöglichen, sollen Eltern ohne Nachweis eine höhere Betreuungszeit in Anspruch nehmen können.